

SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und Genossen,

nun haben wir schon die längste Nacht des Jahres hinter uns und der Sommer lässt leider noch auf sich warten. Aber mit Blick nach Kiel wissen wir, nach der Kieler Woche kommt meistens auch der Sommer. Das wollen wir auch für dieses Jahr hoffen, denn wir brauchen alle die Sonne und die Wärme.



Wenn man einen Blick in die örtliche Presse wirft, könnte man meinen, die heiße Wahlkampfphase für die Bundestagswahl hätte schon begonnen. Daher hier noch einmal für alle. Bis heute ist eine Kandidatur von Ralf Stegner noch nicht an den Kreisvorstand gerichtet worden. Ich persönlich habe durch die Nachfrage vom sh:z das erste Mal davon gehört. So lange wie uns keine Kandidatur vorliegt, werden wir uns zu diesem Thema auch nicht äußern. Wie ich auf dem Kreisparteitag schon gesagt habe, kennt Ralf Stegner die Verfahrensweise innerhalb unserer Partei und würde sich auch dementsprechend verhalten.

Für alle noch einmal die Vorgehensweise für eine Kandidatur zur Bundestagswahl: Wir haben mit den Flensburgern zusammen den Wahlkreis 1. Alle Bewerberinnen und Bewerber für eine Kandidatur können sich bis zum 1. Juni 2016 beim Kreisvorstand melden. Danach wird es im Kreisgebiet mehrere Vorstellungsrunden geben, zu denen alle Genossinnen und Genossen herzlich willkommen sind. Wenn diese ersten Runden abgeschlossen sind, wird es

zu einer Aufstellungsveranstaltung kommen, bei der alle Genossinnen und Genossen sich für ihre Kandidatin bzw. ihren Kandidaten entscheiden können. Im November 2016 wissen wir dann, wer unsere Kandidatin oder Kandidat für die Bundestagswahl 2017 sein wird. Danach werden wir unseren Wahlkampf entsprechend ausrichten. Wie es bei uns üblich ist, werden alle Genossinnen und Genossen die gewählte Kandidatin oder den gewählten Kandidaten bestmöglich unterstützen.

Dieses Verfahren gilt auch für die Landtagswahl mit dem Unterschied, dass wir dann zwei Wahlkreise haben. Besonders ist allerdings, dass wir uns einen dritten Wahlkreis mit dem Kreis Dithmarschen zusammen teilen. Nach den Sommerferien 2016 werden für unsere zwei Wahlkreise in Schleswig-Flensburg die Kandidaten durch die Genossinnen und Genossen gewählt. Bei dem dritten Wahlkreis müssen noch Verhandlungen mit dem Kreis Dithmarschen geführt werden, da dort noch das Delegiertenwahlrecht gilt und wir gerne unser Wahlrecht einführen möchten. Diese Gespräche laufen bereits, sind aber noch nicht zu einem Abschluss gekommen. Die genauen Termine für alle Wahlen werden euch rechtzeitig im Jahr 2016

Wichtige Termin:

- 07.09.2015 Kreisvorstand in Hasselberg
- 17.09.2015 Kreisvorstand mit Dithmarschen
- 23.09.2015 Kreistag
- 26.09.2015 Bildungskonferenz SL-FL
- 28.09.2015 AfB-Mitgliederversammlung
- 06.10.2015 Kreisvorstand
- 08.12.2015 Kreisvorstand
- 16.12.2015 Kreistag
- 23.04.2016 Landesparteitag
- 19.11.2016 Landesparteitag
- 27.-29.01.2017 Landesparteitag

SPD KV-INTERN

bekannt gegeben.

Auf unserem Kreisparteitag am 17. Juni 2015 in Tarp haben wir das erste Mal versucht, ein aktuelles Thema mit Betroffenen durchzuführen. Der Abend galt der Situation der Flüchtlinge. Wir haben dazu unseren Innenminister Stefan Studt, den Flüchtlingsbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein Stefan Schmidt sowie Rainer Stiemcke vom Fachdienst des Kreises Schleswig-Flensburg als Referenten eingeladen. In der Diskussion haben wir den ehrenamtlich Engagierten Helferinnen und Helfern die Möglichkeit gegeben, sich zu diesem Thema zu äußern.

Ich war total begeistert von der Vielzahl der Gäste und dem Engagement der verschiedenen Organisationen, die an diesem Abend anwesend waren.

Jetzt sind es nur noch ein paar Wochen bis zu den Ferien und viele von euch freuen sich auf den Sommer. Ich wünsche euch allen eine sonnige Zeit, egal ob ihr verreist oder den Sommer in unserem schönen Kreis verbringt. Alle, die keinen Urlaub haben und arbeiten müssen wünsche ich eine stressfreie Zeit und genießt die freien Stunden mit eurer Familie, Freunden oder bei den vielen verschiedenen Veranstaltungen, die der Sommer uns bietet.

Euer Ralf Wrobel
Kreisvorsitzender

Am 11. Mai 2015 war es so weit!

Die JUSOS des Kreises Schleswig-Flensburg fanden sich zur Vollversammlung im SPD-Kreisbüro in Schleswig ein, um einen neuen Vorstand zu wählen und sich so komplett neu zu konstituieren.

Da unser bisheriger Kreisvorsitzender Jan Thorben Book mittlerweile aus beruflichen Gründen in den südlichen Gefilden des schönsten Bundeslandes der Welt Wurzeln geschlagen hat, reichten die personel-

len Veränderungen dieser Vollversammlung also bis an die Spitze.

Unter den Argus-Augen des routinierten Immo- Wolf...äh...nee Doppelpack(Namentlich die Genossen Degner und Braune) konnte zunächst der scheidende Kreisvorsitzende für die kommende Generation berichten. Neben Mitgliederstand, Entwicklung sowie der finanziellen Situation konnte es schließlich ans Eingemachte gehen. Die Wahlen standen auf der Tagesordnung.

In Anbetracht der Teilnehmerzahl dieser Vollversammlung, hätten die Wahlen allerdings nicht unaufgeregter laufen können...So kam nach mehreren Stimmabgaben der folgende Kreisvorstand zu Tage:

Vorsitzender: Fabian Parohl (OV Kropp)

Stv.: Fabian Marx(OV Steinfeld-Ulsnis)

Kassierer: Ingmar Johannsen(OV Handewitt)

Beisitzer: Inga Faust (OV Dannewerk)

Beisitzer: Antonia Koch (OV Fahrdorf)



Aus diesem erlesenen Kreis ergaben sich im Laufe der Veranstaltung auch die Delegierten für die anstehenden Partei-Events.

Nach dem gebührenden Dank und einer herzlichen Verabschiedung des scheidenden Vorstands in Person von Jan Thorben

SPD KV-INTERN

Book und Marina Hansen ausgesprochen wurde, ließ der neue Vorsitzende keine Zeit verstreichen und rief zur ersten konstituierenden Sitzung des neu gewählten Kreisvorstandes auf.

So wurde schon am darauffolgenden Sonntag gemeinsam in Schleswig an möglichen Aktionen und Unternehmungen gefeilt und gebrainstormt. Oberstes Ziel - da waren und sind sich alle einig - muss die (Re)Aktivierung alter und neuer Mitglieder sein. Es bleibt festzustellen, dass ein Vorstand nicht nur sich selbst vorstehen kann und soll...So ist das Thema "Mitmachen" ganz weit oben auf unserer Agenda.

Packen wir es an!

Fabian Parohl
JUSO-Kreisvorsitzender

Flüchtlinge sind im Kreis und in Schleswig-Holstein willkommen

Der außerordentlichen Kreisparteitag der SPD Schleswig-Flensburg im Haus an der Treene in Tarp hatte die Willkommenskultur für Flüchtlinge in diesem Land als Schwerpunkt gesetzt, wozu der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein Stefan Studt, der Flüchtlingsbeauftragte des Landes Stefan Schmidt und der Fachdienstleiter Rainer Stiemcke des Kreises Schleswig-Holstein Stellung bezogen.

Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel eröffnete den Kreisparteitag und zeigte sich besonders erfreut, dass so viele ehrenamtlich Tätigen in der Betreuung von Flüchtlingen der Einladung gefolgt waren. Ralf Wrobel wandte sich gegen die Spekulationen in den Medien zur angeblichen Bundtagskandidatur des Landesvorsitzenden Ralf Stegner im Wahlkreis Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg. Dieses

Thema werde erst im Juni 2016 aufgegriffen, wozu dann erst die Kandidatinnen und Kandidaten sich bewerben können. Alle Mitglieder entscheiden dann im November 2016 demokratisch, wer ihr Kandidat bzw. ihre Kandidatin sein wird. „Ralf Stegner ist lange genug in dieser Partei und er kennt die formalen Modalitäten. Er würde sich zu gegebener Zeit an den Kreisvorstand wenden, wenn er sich als Kandidat bewerben möchte. Zur Zeit liegt uns diesbezüglich nichts vor“, so Wrobel.“

Der Innenminister Stefan Studt berichte über die aktuelle Flüchtlingssituation im Land. Es werden 20.000 Flüchtlinge in Schleswig-Holstein erwartet. Die Kommunen erhalten ab dem 1. Juli vom Land eine einmalige Integrationspauschale von 900 Euro je Flüchtling. Die Kreise und kreisfreien Städte erhalten künftig zwei Millionen Euro pro Jahr für die Einrichtung von Koordinierungsstellen. 30 Mitarbeiter sollen das Zusammenwirken aller in der Flüchtlingsarbeit beteiligten haupt- und ehrenamtlichen Helfer verbessern. Außerdem stellt das Land Schleswig-Holstein jedem Kreis Geld für zwei zusätzliche Mitarbeiter zur Verfügung.



Es sei auch beabsichtigt, die Sprachförderung zu verbessern. Die Kurse sollen bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen

SPD KV-INTERN

beginnen. Der Innenminister wandte sich an die anwesenden aktiven Ehrenamtlichen vor Ort und bot ihnen Hilfe bei Unsicherheiten und Nachfragen an bzw. könnten sie sich auch an die Landtagsabgeordnete Birte Pauls wenden. Für die betroffenen Flüchtlinge sei eine Ansprache und die Bereitschaft zuzuhören von großer Wichtigkeit. Der Innenminister wünschte sich aber auch mehr Unterstützung von der Bundesregierung. Und „Ich wünsche mir, dass es in der Welt endlich einmal wieder Frieden geben wird, damit die Menschen nicht gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen“, so Stefan Studt.

Der ehrenamtliche Flüchtlingsbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein Stefan Schmidt berichtete über seine Erfahrungen zum Thema „Ehrenamt für und mit Flüchtlingen“. Schmidt vermeide das Wort „Flüchtlinge“, da dieses Wort negativ belegt sei. Schleswig-Holstein sei führend und Vorreiter für die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Aber auch „Das Ehrenamt braucht Hauptamt“ so Schmidt.



Rainer Stiemcke vom Kreis Schleswig-Flensburg berichtete zum Thema „Integration von Anfang an“. Im Kreis Schleswig-Flensburg werden zurzeit 6800 Ausländerinnen und Ausländer betreut, wovon 800

Anträge auf Asyl gestellt haben. Für die erste Ansprache seien sprachgewandte Betreuerinnen und Betreuer von großer Wichtigkeit. Die Bereitstellung von Daten an die Kreise von den Erstaufnahmestellen im Land seien verbesserungswürdig, so Stiemcke. Beim Nachweis von geeignetem Wohnraum im Kreis gibt es noch große Probleme. Die Flüchtlinge werden anhand der Einwohnerzahl auf die Ämter verteilt. Nach den Ausführungen nutzten in der Aussprache die über 60 ehrenamtlichen Flüchtlingslotsinnen und –lotsen und HelferInnen vor Ort über ihre Erfahrungen in den Gemeinden, Städten und Ämtern im Kreisgebiet zu berichten und richteten ihre Wünsche zur Unterstützung ihrer Arbeit an die Referenten. Sie zeigten Anregungen und Probleme auf wie zum Beispiel Gesundheitsversorgung, Sprachschwierigkeiten, Beschäftigungsangeboten, Rückführungen zum Beispiel nach Bulgarien und Ungarn, Forderung nach vereinfachten Formalitäten und des Bürokratismus, mehr Sprachunterstützung, Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden, Vorurteilen entgegenzutreten, Kinderbetreuung während des Sprachunterrichts, Wohnraumproblemen, Gewinnung von jugendlichen Betreuungsmöglichkeiten, Probleme bei der Familienzusammenführung und von positiven Betreuungsbeispielen vor Ort.

Die Referenten nahmen die Anregungen und Probleme der Ehrenamtlichen auf. Stefan Studt bot bei Problemen seine Hilfe an, die direkt an ihn gerichtet werden können. Hilfestellungen gäbe es auch im Internet-Auftritt des Innen Ministeriums. Außerdem sei eine Vernetzung der Ehrenamtlichen sehr wichtig. Rainer Stiemcke regte an, dass auch Sportvereine Kontakte zu den Flüchtlingen aufnehmen könnten. Für komplizierte Fälle sei ein Portal im Kreis in Arbeit. Stefan Schmidt berichtete, dass es im Winter einen Abschiebestopp

SPD KV-INTERN

gäbe und regte für krasse Einzelfälle an, sich mit einer Petition an die Härtefallkommission zu wenden.

Der Kreisparteitag nahm im Anschluss an die Schwerpunktdiskussion einen Antrag des Ortsvereins Borgwedel zur Besoldung von Lehrkräften an.

Anne Marxen

Kreisvorstandsmitglied/Öffentlichkeitsarbeit

12,5 Millionen Menschen leben in Armut - leider mit steigenden Tendenzen.

Zunehmend erfährt auch der Mittelstand den sozialen Abstieg. 800 Tausend Menschen sind nicht mehr sozial abgesichert, können sich keine Krankenversicherung leisten. Alarmierend sei die hohe Kinder- und Altersarmut. Es rollt ein "Armutstsunami auf uns zu. Sie können sich keine Krankenversicherung leisten" so Dr. Uwe Denker, Arzt aus Bad Segeberg und Gründer der "Praxis ohne Grenzen", auf einer gut besuchten Veranstaltung des SPD-Ortsvereins in Gelting am 27. Mai! Die Reichen müssten im Rahmen einer Versicherung für alle zur solidarischer Unterstützung zur Kasse gebeten werden.

Die von Jürgen Klose und Bente Reimer organisierte Veranstaltung wurde vom sh:z-Redakteur Gero Trittmaack aus Schleswig moderiert. Nicht nur Uwe Denker, sondern auch Martin Klimach-Dreger von der Schuldnerberatung der Arbeiterwohlfahrt, der Leiter des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Schleswig-Flensburg Pastor Thomas Nolte, Harald Ohrt vom „Hempels“-Straßenmagazin, Klaus Grebbin als ehrenamtlicher Leiter der Flensburger Johanniter-Tafel sowie Heike Albert, Leiterin des Fachbereiches Soziales des Kreises Schleswig-Flensburg, erläuterten die Erfahrungen aus ihrer täg-

lichen Arbeit im Umgang mit armen Menschen.

Pastor Nolte stellte fest, dass die Armut in Deutschland größer geworden sei nach dem Wegfall der Sozialhilfe und Einführung des Arbeitslosengeldes (Alg) II. „Nach 10 Jahren Alg II müssen mehr Informationsveranstaltungen in den Regionen durchgeführt werden, wie sich die Gesellschaft verändert hat“, so Nolte.

Heike Albert erläuterte die aktuellen Zahlen der in Armut lebenden Menschen und Aufstocker im Kreis Schleswig-Flensburg, die ständig steigen würden. Sie stellte fest, dass viele sich scheuen würden, diese rechtlichen Hilfen zu beantragen bzw. ihnen das Geld für öffentliche Verkehrsmittel zum Beantragen der Leistungen fehlten.

Martin Klimach-Dreger von der Schuldnerberatung Hohenwestedt berichtete, dass die AWO in Schulen Aufklärungsarbeiten leisten würden. Wer arm sei, ziehe sich aus Scham zurück. Den meisten Menschen falle es außerordentlich schwer sich einzugestehen, dass sie arm seien. Vereinsamung sei die Folge. „Hinsehen ist die Maxime, damit nicht noch mehr Menschen in die Schuldnerfalle tappen“, so Martin Klimach-Dreger.



Klaus Grebbin von der Flensburger „Tafel“ berichtete, dass die Nachfrage in den Ta-

SPD KV-INTERN

fehlend steigend sei und vor allen Dingen von Rentnerinnen und Rentnern in Anspruch genommen würden.

Harald Ohrt vom Straßenmagazin „Hempels“ regte an, mit Freundlichkeit auf die Verkäufer zuzugehen. Die 180 Verkäufer hätten die Chance, vom Rand in die Mitte der Gesellschaft zurückzukommen.

Die Podiumsteilnehmer nutzten abschließend die Gelegenheit, ihre Forderungen an die Politik zu stellen. So müsste die kaiserliche Sozialversicherung reformiert werden, die Einführung einer Grundrente, ein gerechteres Steuerrecht, wo die Starken mehr zahlen müssten, die Zusammenführung der privaten und gesetzlichen Krankenkasse und eine Stärkung der Schulsozialarbeit und eine gerechtere Bildungspolitik seine notwendig.

Mit dem Thema Alters- und Kinderarmut wird sich der Ortsverein Gelting weiterhin beschäftigen. Wie wichtig eine gesellschaftliche Aufklärung ist, zeigte die große Betroffenheit der Anwesenden.

Anne Marxen

Kreisvorstandsmitglied/Öffentlichkeitsarbeit

Demokratie macht Schule

Schon zweimal wurden in Schleswig-Flensburg nun schon Podiumsdiskussionen von Fabian Parohl organisiert im Zuge des Nachwuchsqualifizierungsprogramms.

Sowohl an der Kropfer Schule als auch im Schleswiger BBZ wurden die erste Diskussionen durchgeführt. Doch wie läuft das eigentlich ab? Erst einmal muss sich mit der Schulleitung abgesprochen werden, dann werden Umfragebögen an die Klassen die an der Diskussion teilnehmen sollen gegeben. Durch diese Bögen wird das Thema der Diskussion und die Fragen bestimmt um den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, sich zu beteiligen ohne vor der ganzen Schule direkt

eine Frage stellen zu müssen. Nachdem dann die Umfragebögen von Fabian ausgewertet wurden und das Thema feststeht, verständigte er die verschiedenen Partei-Büros, die dann Redner organisierten. Die vertretenen Parteien werden danach ausgesucht, ob die Partei im Kreistag mindestens 5 Sitze hat. In SL-FL sind das CDU, SPD, Grüne und der SSW, die mit den Schülern diskutieren.

Der Sinn des Projektes ist die Steigerung des Politikinteresses bei Jugendlichen. Sinkende Wahlbeteiligungen zeigen, dass die Art und Weise, wie sich Politik darstellt oder aufgenommen wird, sich ändern muss und wo fängt die Politische Bildung an in der Schule. In der Schule ist das erste, was man mit dem WIPO Unterricht verbindet, staubige Theorie, die zwar nötig ist, aber doch eindeutig die Spannung nimmt. Man lernt kaum etwas über die Meinungen bestimmter Parteien zu bestimmten Themen. Auch lernt man



nicht, sich eine eigene Meinung zu bilden, geschweige denn, wie man diese vertritt und davon lebt. Doch die Politik lebt von dem Meinungsaustausch. Das Projekt soll, nachdem es in SL-FL fertig ist, auch in die anderen Kreisverbände getragen werden. Dort sollte ein Kreisvorstandsmitglied damit beauftragt werden, die Schulen anzu-

SPD KV-INTERN

sprechen und die Diskussion durchzuführen, um ein möglichst breites Publikum anzusprechen. Das wäre eine Möglichkeit, Politikverdrossenheit aktiv zu bekämpfen und damit die Demokratie als solche zu beleben.

Fabian Parohl
Vorsitzender Jusos Schleswig-Flensburg

Veranstaltung neue Wahlkreisschneidung in Jübek am 26. Mai

Auf einer Veranstaltung in Jübek erläuterte der Kreisvorstand Schleswig-Flensburg den Ortsvereinen Jübek, Schuby, Silberstedt, Spapelhom, Kropp und Treia die vom Landtag beschlossenen neuen Wahlkreisschneidungen für die Landtagswahl 2018, da die Ämter Arensharde und Kropp/Stapelholm mit Teilen des Kreises Dithmarschen in einen neuen Landtagswahlkreis zusammengeführt worden sind.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer äußerten ihren Unmut über die Entscheidung, worüber niemand glücklich ist. Alle waren sich aber einig, das Beste daraus zu machen.

Der geschäftsführende Kreisvorstand

Schleswig-Flensburg hat sich inzwischen mit dem Kreisvorstand Dithmarschen zu einem Gespräch getroffen, um die ersten Schritte für ein gemeinsames Vorgehen abzusprechen. Weitere Treffen sind in Planung.

Anne Marxen
Kreisvorstandsmitglied/Öffentlichkeitsarbeit

Die Schulassistentenz kommt.

Es hat ein wenig gedauert, aber jetzt kommt sie auch bei uns - die schulische Assistenz.

Eine inklusive Schule braucht multiprofessionelle Teams. Die Schulassistenten sollen Schülerinnen und Schüler unterstützen, um für alle Kinder in einer Klasse die Lernbedingungen zu verbessern und dadurch auch die Lehrkräfte zu unterstützen und zu entlasten. Sie sollen nicht die persönliche Begleitung der Kinder mit Handicap, die über die Kreise organisiert und finanziert werden, ersetzen. Das ist ganz wichtig, da viele betroffenen Eltern diesbezüglich beunruhigt sind.

In anderen Ländern, z.B. in Dänemark hat man jahrelange gute Erfahrungen mit multiprofessionellen Teams an Schulen. Als wir vor einigen Jahren die Schulsozialarbeiter an die Schulen gebracht haben, war die Skepsis anfänglich auch groß. Heute möchte keine Schule ihre SchulsozialarbeiterInnen mehr missen. Das wird mit den Schulassistenten genauso sein. Das Land beabsichtigt die Schulassistenten dauerhaft an den Schulen etablieren und stellen dafür jährlich 13,2 Millionen Euro zur Verfügung. Wir fangen an den Grundschulen an, beginnend mit dem Schuljahr 2015/16. Städte – und Gemeindetag Schleswig Holstein haben sich mit dem Bildungsministerium auf die Organisation der schulischen Assistenz mit einem Optionsmodell verständigt.

SPD KV-INTERN

1. Der Schulträger stellt ein und bekommt die Kosten vom Land erstattet.

2. Der Schulträger kann einen freien Träger mit der Aufgabe beauftragen und erhält die Kosten vom Land erstattet.

3. Das Land kann schulische Assistenten zur Verfügung stellen, wenn der Schulträger die Aufgabe nicht übernehmen will. Das Land fragt die verschiedenen Modelle bei den Schulträgern ab. Musterbewerbungen und Ausschreibungen, sowie Musterverträge für die freien Träger stehen auf der Homepage des Bildungsministeriums zur Verfügung.

Es werden Kosten von 125 Euro je Schüler und Jahr erstattet. (Option 1 und 2), bemessen an den Schülerzahlen des letzten Statistiktages September 2014 .

Das Land erstattet die tariflichen und gesetzlichen Personalkosten, sowie 5 % zusätzliche Verwaltungskosten. Die Zahlungen erfolgen in 2 Raten.

Die Aufgaben der schulischen Assistenz sind:

- Unterstützung der Schülerinnen und Schüler im Klassenverband, Förderung einer besseren Integration in den Klassenverband, Unterstützung im sozialen und emotionalen Bereich

- Unterstützung von Lehrkräften und SchülerInnen während des Schulvormittags einschließlich der Pausen

- Unterstützung der Lehrkräfte und SchülerInnen bei besonderen Projekten innerhalb und außerhalb der Schule, Ausflüge, Projekttag, Klassenfesten ,Lernen an anderen Orten, etc.

- Unterstützung von Schülern in belastenden Situationen.

Die Schulassistenten dürfen nicht eigenständig unterrichten oder für Vertretungsaufgaben eingesetzt werden.

Die Qualifikation richtet sich natürlich nach den vorgesehenen Einsatzorten.

Erzieherinnen und Erzieher, sozialpädagogische Assistenten, KinderpflegerInnen

Menschen mit Erfahrungen aus anderen Bereichen, wie z.B. schulische Betreuungs- und Ganztagsangeboten, sowie Schulbegleitungen.

Das IQSH und Ministerium bieten Kurse zur Qualifizierung schulischer Assistenz an, der für Träger und TeilnehmerInnen kostenlos ist. Eine regelmäßige Fortbildung ist genauso wie in anderen sozialen Berufen erforderlich.

Die Eingruppierung ist abhängig von der Qualifikation und der Tätigkeit.

Die Zeit drängt natürlich, das bedauern wir sehr. Das Ministerium unterstützt die Schulträger mit Musterausschreibungen und Verlinkungen auf die entsprechenden Seiten z.B. www.berufe-sh.de und Vermittlungen. Das heißt, man kann sich auch zentral beim Ministerium bewerben, die dann bei der weiteren Vermittlung behilflich sind.

Eine Stellenbesetzung an allen Grundschulen zum Schuljahresbeginn 2015 wird angestrebt, kann aber auch angesichts von notwendiger Gremienbefassung auch später erfolgen spätestens zum nächsten Schuljahr.

Wir sind überzeugt, dass die Schulassistenten wirklich Gutes in den Schulen leisten und damit ein weiterer verlässlicher Baustein für eine inklusive Schule wird.

Am 9. Juli ist unsere Bildungsministerin Britta Ernst beim OV Kappeln zu Gast. Da wird das Thema sicherlich auch eine Rolle spielen und wir können weitere Fragen erörtern.

Am 12. Juli ist Tag der offenen Tür im Landeshaus, vielleicht habt ihr Lust dabei zu sein.

Ansonsten stehe ich euch natürlich wie immer für Informationen, Fragen, Anregungen, Aktionen, Besuche, Veranstaltungen, Texte für Ortsvereinszeitungen usw. usw. zur Verfügung.

SPD KV-INTERN

Ich wünsche euch wunderschöne, warme, sonnige und entspannte Sommerwochen, da ist ja noch etwas Luft nach oben...

Herzliche Grüße

Birte Pauls
Landtagsabgeordnete

Umsetzung der Schulbegleitung im kommenden Schuljahr

Liebe Genossinnen und Genossen, Bei der Umsetzung der Schulbegleitung/Schulassistenz ab kommenden Schuljahr ist es bei Eltern, Kinder und Schulen auf Grund der nur schwer zu durchschauenden Beschlusslage zu Verunsicherungen gekommen. Auch die Schuldzuweisungen gehen – wie häufig bei politischen Entscheidungen – in unterschiedliche Richtungen. Als stellvertretender Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages habe ich an zahlreichen Kommissionen teilgenommen und die Entscheidungen des Landkreistages mitgestaltet.

Ich freue mich daher sehr, „meine Sicht der Dinge“ Euch darstellen zu dürfen:

Bereits seit 2011 weist der Schleswig-Holsteinische Landkreistag die Landesregierung und die Landespolitik darauf hin, dass die Ausgaben für die Schulbegleitung für Kinder mit Behinderung in allen Kreisen stetig ansteigen und dabei in Ermangelung anderer Leistungsträger auch solche Leistungen durch die Kreise bewilligt werden mussten, die nach deren Auffassung nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Das Landessozialgericht hat diese Auffassung schließlich bestätigt und in einem – zwischenzeitlich mehrfach bestätigten - Beschluss vom 17. Februar 2014 festgestellt, dass Aufgaben aus dem Kernbereich der pädagogischen Arbeit entsprechend der Inklusionsverpflichtung aus dem

Schulgesetz des Landes Schleswig-Holstein aus dem System der Schule heraus erbracht werden müssen und nicht von den Jugend- und Sozialhilfeträgern im Rahmen der Eingliederungshilfe zu leisten sind. Nicht-pädagogische Aufgaben sind hingegen weiterhin dieser zuzuordnen und mit- hin von den Kreisen als Jugend- und Sozialhilfeträgern zu erbringen. Daran besteht auch bei den Kreisen kein Zweifel. Die Landräte stehen in der Verantwortung, diese Einstellung auch bis in die zuständige Mitarbeiterebene zu tragen.

Wegen der Schwierigkeit, Aufgaben aus dem pädagogischen Kernbereich von jenen zu trennen, welche diesem nicht zuzuordnen sind, war dieses Problemfeld für das Schuljahr 2014/2015 nicht zu lösen. Deshalb haben sich die Landesregierung einerseits und Landkreistag und Städteverband andererseits für dieses laufende Schuljahr auf eine Übergangslösung verständigt (Moratorium). In dieser wurde festgelegt, dass die Kreise und kreisfreien Städte neben den unstrittig der Eingliederungshilfe zuzurechnenden Aufgaben weiterhin auch Bewilligungen für Tätigkeiten im pädagogischen Kernbereich aussprechen und dafür vom Land eine Pauschalersatzung von 15 Mio. € für das Schuljahr 2014/2015 erhalten. Parallel wurde hierzu eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Frage auseinander setzen sollte, wie zukünftig mit dieser Dualverantwortung umgegangen werden kann. Dabei haben alle Beteiligten ein großes Interesse daran gezeigt, die schulischen Unterstützungssysteme besser zu vernetzen und mit einer höheren Effizienz zu versehen. Ziel sollte sein: Hilfen aus einer Hand.

Zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden ist insofern Übereinstimmung erzielt worden, dass die den Schulen erwachsenden Aufgaben im Kernbereich der pädagogischen

SPD KV-INTERN

Arbeit durch die Schulische Assistenz abgedeckt werden.

Daneben wurde die Übernahme der Trägerschaft bzw. die institutionelle Anbindung der Schulischen Assistenten erörtert. Auch hier bestand Einigkeit, dass eine öffentliche Trägerschaft dem Rückgriff auf freie Träger vorzuziehen sei. Bedauerlicherweise wurde vom Land eine Übernahme der Anstellungsträgerschaft der in seinen Verantwortungsbereich fallenden Schulischen Assistenz mit Hinweis auf den geschlossenen Stabilitätspakt kategorisch ausgeschlossen.

Der Landkreistag hat daraufhin im Februar 2015 ein Konzept vorgelegt, an dem ich persönlich mitgearbeitet habe, nach dem die Anbindung an die Förderzentren L(ernen) erfolgen sollte und hat sich darüber hinaus perspektivisch bereit erklärt, die die Förderzentren in Kreisträgerschaft und somit dauerhaft (auch finanzielle) Verantwortung zu übernehmen. Voraussetzungen hierfür wären allerdings eine Schulgesetzänderung und ein realistischer Startzeitpunkt gewesen. Beides wurde von den Vertretern des Landes unter Hinweis auf Vorgaben der die Regierung tragenden Fraktionen abgelehnt.

Unter diesen Voraussetzungen kam für die Kreise eine Übernahme der Aufgabe, unabhängig von der konkreten Anbindung, nicht in Frage.

Der Landkreistag, aber auch ich persönlich halten den Zeitplan des Ministeriums für Schule und Berufsbildung für völlig unrealistisch. Auch hat das Ministerium zu keiner Zeit den Kreisen ein Optionsmodell (wie dem Städteverband) angeboten (soll heißen: Wenn es den Kreisen bis zum 1. August/1. September 2015 nicht gelingt, die Schulische Assistenz flächendeckend einzustellen, dann übernimmt das Land die weißen Flecken).

Nachdrücklich haben die Kreise die Möglichkeit ins Gespräch gebracht, die Moratoriumslösung aus dem Schuljahr 2014/2015 auch im Schuljahr 2015/2016 fortzusetzen. Dieses Angebot ist mit dem Hinweis abgelehnt worden, dass die Landesregierung mit Beginn des neuen Schuljahres „starten“ wolle.

Die dann ohne Beteiligung des Landkreistages im Mai 2015 erzielte Einigung zwischen der Landesregierung sowie dem Gemeindetag und dem Städteverband beinhaltete dann für mich und alle Kreisvertreter völlig überraschend sowohl die Option einer Anstellungsträgerschaft der Schulassistenten durch das Land, als auch die Möglichkeit für die Schulträger mit der Implementierung der Schulischen Assistenten erst zum Schulhalbjahr oder auch erst zum Schuljahr 2016/2017 zu beginnen. Beide Möglichkeiten sind den Kreisen trotz entsprechender nachdrücklicher Bitten zu keinem Zeitpunkt in Aussicht gestellt worden.

Da die in diesem Optionsmodell vorgesehene Entscheidung aller Schulträger im Land, ob sie die Trägerschaft für die Assistenten selber übernehmen wollen, bis 30.06.2015 vorgesehen war - mithin drei Wochen vor Beginn der Sommerferien - bleibt es aus meiner Sicht offen, das neue System zum 01. August 2015 starten zu lassen. Die in den Gemeinden dafür notwendigen Gremienbeschlüsse und Planungsvorläufe sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Daher erscheint es aus meiner Sicht auch nicht verwunderlich, dass die Resonanz bei den Städten und Gemeinden, diese Aufgabe zu übernehmen, landesweit gesehen eher reserviert ausfällt.

Die Tatsache, dass bis Ende Juni weder die Stellenausschreibungen noch die Anforderungsprofile auf den Weg gebracht worden sind, lässt einen reibungslosen Start

SPD KV-INTERN

zu Beginn des kommenden Schuljahres sehr fraglich erscheinen.

Problematisch ist dies auch für die Kreise, da nach der neuen Vereinbarung (Moratorium) vom 19.06.2015 auch weiterhin an Grundschulen die alte Bestimmung der Pauschalabgeltung und Leistungsweitergewährung praktiziert werden soll, sofern die Schulische Assistenz an dieser Schule noch nicht eingerichtet ist.

Durch die am 19.06.2015 von Land und kommunalen Landesverbänden unterzeichnete Vereinbarung haben die Kreise jedoch zumindest verbindliche Klarheit darüber erlangt, wie in Zukunft mit der Frage der Aufgabenwahrnehmung im pädagogischen Kernbereich verfahren wird. In der Vereinbarung heißt es dazu:

„Die Landesregierung sagt zu, mit der Einführung der Schulischen Assistenz an Grundschulen die ihr im Kernbereich pädagogischer Arbeit obliegenden Aufgaben in dieser Schulart zu erfüllen. Für den Bereich der Grundschulen wird das Moratorium durch diese Anschlussvereinbarung ersetzt.“

Hierdurch ist klargestellt worden, dass natürlich nicht erwartet wird, dass Schulische Assistenten zur Aufgabenerfüllung im Rahmen von Individualansprüchen in der Eingliederungshilfe herangezogen werden sollen, sondern dass diese (an Grundschulen) die Aufgaben im pädagogischen Kernbereich erfüllen, was sie nach der Moratoriumsvereinbarung für das laufende Schuljahr die Kreise im Rahmen der Pauschalabgeltung getan haben und im Sekundarbereich auch für das kommende Jahr tun werden.

Daraus folgt aber auch für die einzelnen betroffenen Kreise, dass im Bereich der Grundschulen erst dann endgültige Bescheide an die Eltern herausgegeben werden können, wenn klar ist, ob im konkre-

ten Fall lediglich eine Bewilligung von Eingliederungshilfeleistungen nach §§ 35a SGB VIII bzw. 53, 54 SGB XII erfolgen soll oder ob weiterhin Leistungen aus dem pädagogischen Kernbereich im Rahmen des Moratoriums zu gewähren sind, weil an der Schule eine Schulische Assistenz zwar vorgesehen ist, aber nicht rechtzeitig etabliert werden konnte.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass das Land mit Beginn der Verhandlungen bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Landkreistag nicht mehr in den Gesprächen beteiligt war, die Einführung der Schulischen Assistenz an sich, den Zeitplan, die Ablehnung der Anstellungsträgerschaft durch das Land und die Ablehnung einer rechtsverbindlichen Grundlage im Schulgesetz immer als unverhandelbare Positionen vorgetragen hat.

Der Landkreistag hat trotzdem einen Kompromissvorschlag unterbreitet, der die Verantwortungsübernahme durch die Kreise und die Anerkennung einiger Positionen des Landes beinhaltet. Mir ist von vielen Seiten bestätigt worden, dass unter fachlichen Gesichtspunkten die Anbindung der Schulischen Assistenz an die Förderzentren L(ernen) als durchdachte und nachhaltige Lösung anzusehen ist.

Aus meiner Sicht wäre nur so das Ziel, „Hilfen aus einer Hand“ anzubieten, zu erreichen gewesen. Diese im Grundsatz richtige Fortentwicklung zu einer inklusiven Beschulung ist nur gemeinsam zu gestalten und liegt sowohl im Interesse der beteiligten öffentlichen Verantwortungsträger, aber vor allem im Interesse der betroffenen Kinder und ihrer Eltern. Das von den Kreisen vorgeschlagene Modell wäre ein entscheidender Beitrag für eine durchdachte, nachhaltige und verunsicherungs-freie Reform bei inklusiven Beschulungen gewesen.

SPD KV-INTERN

Schade, dass die Landesregierung dieses „honorige Angebot“ (Staatssekretäre Losse-Müller, Staatskanzlei) und „präferiertes Modell“ (MinDgtin Dr. Weinriefer-Hoyer, Ministerium für Schule und Berufsbildung) nicht annehmen konnte!

Ingo Degner

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landkreistag, Stellvertretender Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages

Aus der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

In den vergangenen Monaten haben wir uns vor allem mit den folgenden Punkten beschäftigt:

Thema: Schulassistenz

Mitte Mai hat das Schulministerium endlich eine Entscheidung hinsichtlich der Trägerschaft für die Schulassistenz getroffen. Es gibt ein sogenanntes Optionsmodell, bei dem die Schulträger wählen können:

- a) Der Schulträger übernimmt selbst die Anstellungsträgerschaft und erhält eine Kostenerstattung.
- b) Der Schulträger beauftragt freie Träger mit der Wahrnehmung der Aufgaben, die ebenfalls eine Kostenerstattung erhalten.
- c) Falls die Optionen a) und b) nicht realisierbar sind, will das Land selbst die „Assistenzkräfte zur Verfügung stellen“.

Weitere Parameter sind: Pro GrundschülerIn gibt es 125 € fest für 5 Jahre. Im Jahr 2015 können bis Dezember 10% der Summe für Verwaltungsaufgaben geltend gemacht werden, danach 5% jährlich. Die Personalkostenerstattung wird entsprechend der Tarifverträge dynamisiert.

Warum gab es erst so spät eine Entscheidung? Das Schulministerium hat fast ein halbes Jahr gebraucht, um eine abgestimmte Aufgabenbeschreibung hinzube-

kommen und erst (zu?) spät gemerkt, dass ihm die Zeit wegläuft. Auf der anderen Seite konnten sich die kommunalen Spitzenverbände nicht auf ein Modell einigen. Der Städtebund (kreisfreie Städte) hatte früh für die Option a) votiert und auch das OK erhalten. Der Landkreistag war dafür, zuerst die Förderzentren L zurück an die Kreise zu geben. Als man einsah, dass das nicht zu schaffen war (SchulG-Änderung), brachte man die Schulträger der FÖZ ins Spiel. Der Gemeindetag wollte am liebsten mit der ganzen Sache nichts zu tun haben und setzte auf die Landeslösung c). Was diese Lösung genau beinhaltet, wird auch aus dem Studium der vielen Rundschreiben aus Ministerium und Gemeindetag nicht deutlich. Wie es heißt, hat das Land nun doch die Erlaubnis, befristet selbst einzustellen, darf aber keine Dauerstellen schaffen. Damit dürfte diese Option nicht von langer Dauer sein.

Wir als Kreis-AfB haben uns mit den GenossInnen der AfBs aus FL und NF von Anfang an für die Option a) eingesetzt, weil nur sie garantiert, dass die Kommunalpolitik und die Schule selbst bei der Anstellung mit im Spiel sind. Dieser Linie ist auch die Landes-AfB gefolgt. Für die zukünftig gewünschten „multiprofessionellen Teams“ an Schulen ist kommunal beschäftigtes Personal der richtige Weg. Nicht zuletzt betrifft das auch die tarifgerechte Bezahlung und die Qualität des Personals.

Aus unserer Sicht reicht aber die verbleibende Zeit bis zum Schuljahresbeginn kaum aus, um ein vernünftiges Einstellungsverfahren zu bewerkstelligen. Es müssen erstens umgehend kommunalpolitische Beschlüsse gefasst werden, um zweitens eine Ausschreibung auf den Weg zu bringen. Dann müssen noch Bewerbergespräche und die -auswahl durchgeführt werden. Schulträger kleiner Grundschulen werden versuchen, Schulsozialarbeit und Schulassistenz in einer Person / in einem

SPD KV-INTERN

Vertrag zu koppeln. Das schafft bessere Verträge und sollte akzeptiert werden. Bevor man sich aus Zeitgründen in den Kommunen für Option b) oder c) entscheidet, sollte überlegt werden, die Einstellung auf den 1.9. / 1. 10. oder 1.11. zu verschieben, um Herr des Verfahrens zu bleiben. Die Vertragsbedingungen erscheinen fair, zumal zu erwarten ist, dass auch nach fünf Jahren eine Fortführung dieser Inklusionsunterstützungsmaßnahme notwendig sein wird.

Thema: Besoldung der Grundschullehrkräfte

Schon auf dem Landesparteitag in Neumünster war die Besoldung der Grundschullehrkräfte ein nicht zu übersehendes Thema. Die GEW hatte zu einer Demonstration aufgerufen und rund zweihundert Teilnehmer mobilisieren können. Bekanntlich gab es eine Entscheidung auf der Landesebene, an der auch die AfB beteiligt war, die vorsieht, dass im Sekundarbereich eine Anpassung der Besoldungsstruktur auf A-13 vorgenommen werden soll. Eine Einbeziehung der Grundschullehrkräfte, wie von der AfB gefordert, wurde als nicht finanzierbar verworfen. Außerdem wäre SH das erste Bundesland, das diese Besoldungserhöhung in der Primarstufe durchsetzen würde. Uns war von Anfang an klar, dass der Druck von der Basis nicht nachlassen würde.

So auch bei uns im Kreis. Der Ortsverein Borgwedel hat einen entsprechenden Antrag für den Kreisparteitag am 17. Juni 2015 in Tarp auf den Weg gebracht. Aus Sicht der AfB kann der Antrag unterstützt werden. Allerdings steht die Besoldungsanpassung zurzeit nicht oben an. Erst müssen die nach dem neuen Lehrkräftebildungsgesetz Ausgebildeten ihr Studium und das Referendariat beendet haben. Dann stehen sie als Ersatz für ausscheidende Lehrkräfte zur Verfügung. Das wird vor 2020 nicht der Fall sein. Dann aber

muss gelten: „Gleich lange Ausbildung bedeutet auch gleiche Eingruppierung bei der Besoldung.“ Für die im System schon länger arbeitenden KollegInnen muss zeitnah auch Möglichkeit des Bewährungsaufstiegs geschaffen werden, denn für uns gilt doch immer noch das Motto: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“

Sinnvoll wäre sicherlich eine gemeinsame Haltung der Bundes-AfB in dieser Frage. Wir werden Ulf Daude, unseren Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden bitten, das dort auf die Tagesordnung zu setzen und am Ball zu bleiben. Als Konrektor einer Grundschule sollte er selbst ein „gesteigertes Interesse“ an einer Lösung haben. Es bleibt deshalb spannend bei diesem Thema!

Thema: Die dreijährige Testphase für GemS-Oberstufen

Eigentlich sollte man meinen, dass der (fast?) einstimmige Beschluss auf dem Neumünsteraner Landesparteitag, der die Abschaffung dieser Regelung forderte, zügig umgesetzt wird. Der Landesparteitag war der Überzeugung, dass die Gemeinschaftsschulen gegenüber den Gymnasien nicht mit dieser 3-jährigen Testphase belastet oder diskriminiert werden dürfen. Nun sollten sich Landtagsfraktion und Landesregierung an die Abschaffung dieser schulgesetzlichen Novität machen. Aber weit gefehlt! Erst wurde vorgeschlagen, alles beim Alten zu belassen, denn das Ministerium habe gar nicht die Absicht, die Überprüfung dieser Regelung zu veranlassen. Dann wurde vorgeschlagen, das doch nicht als „Drangsalierung“ aufzufassen, denn die GemSn hätten jetzt doch sogar 3 Jahre Zeit, die Hürde von 50 Schülerinnen zu erreichen.

Die AfB bleibt dabei: Diese Regelung verhindert, dass Schulträger in Oberstufenbauten investieren, hält Lehrkräfte davon ab, an diese Schulen zu wechseln und SchülerInnen und Eltern, sich dort anzu-

SPD KV-INTERN

melden, weil die Oberstufe ja noch in der Schwebe ist. Auch Gymnasien werden angesichts des demografischen Wandels mit Schülerrückgängen leben müssen. Wir glauben nicht, dass das SchuMi beabsichtigt, dann Gymnasien die Oberstufe wegzunehmen. Auch in dieser Frage ist mindestens Gleichbehandlung angesagt. Angesichts der Inklusions-Resistenz zahlreicher Gymnasien ist zumindest in den kommenden Jahren sogar eine positive Diskriminierung zugunsten der GemSn notwendig.

AfB-Jahreshauptversammlung am 5. Oktober 2015

Unsere diesjährige JHV, auf der gleichzeitig die Wahlen zum AfB-Kreisvorstand anstehen, werden wir am Montag, 5. Oktober 2015 von 18.30 – 21.30 Uhr im BBZ in Schleswig durchführen. Für ein Kurzreferat zur aktuellen Schulpolitik hat unser Staatssekretär Dirk Loßack sein Kommen bereits zugesagt. Einladungen über die Kreis-SPD erfolgen im September.

Weitere Themen, die (nicht) auf uns warten (können)!

-Übergänge: Kita – Schule

-Übergänge: Schule – Ausbildung

-Digitales Lernen

Für die Kreis-AfB

Hans-Werner Johannsen

Vorsitzender der AfB SL-FL

Neue Instrumente in der Arbeitsmarktpolitik notwendig

„Wir brauchen auch im Kreis Schleswig-Flensburg dringend neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, um auch in Zukunft als Region gut aufgestellt zu sein“, erklärte Karsten Stühmer, der stellv. Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion im Anschluss an ein Gespräch der Fraktion mit der Agentur für Arbeit. Zu Beginn der Fraktionssitzung referierte Hans-Martin Rump, seit Beginn

dieses Jahres neuer Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Flensburg über die Zusammenarbeit mit dem Kreis. Nach kurzen biografischen Hinweisen, Rump war vorher unter anderem in der Agentur für Arbeit in Hamburg und Neubrandenburg tätig, beschrieb er anschaulich „die Hauptherausforderungen“ der nächsten Jahre. Seit einigen Jahren verzeichne man bundesweit eine nachhaltig sinkende Arbeitslosigkeit, die sich „als leichter Abwärtstrend“ auch im Kreis Schleswig-Flensburg bemerkbar mache und sich in den nächsten Jahren fortsetzen werde.

Angesichts des demografischen Wandels zeichne sich jetzt schon der Trend ab, dass mehr ältere Menschen in den Ruhestand gehen als jüngere nachwachsen. Von daher stehe das Thema „Arbeitskräftesicherung“ nach Rump ganz oben auf der Tagesordnung. Die Arbeitgeber suchten vor allem Fachkräfte (85%) und wesentlich weniger Helferstellen (15%). Und an dieser Stelle beginnt das Problem für den Kreis Schleswig-Flensburg, der ein „Qualifizierungsdefizit“ aufweist. Die Zahl der nicht ausreichend qualifizierten Berufsnachfrager steigt. Rumps Fazit: „Die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist der Berufsabschluss“. Auch diese These konnte anhand von Zahlen belegt werden. Während die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen mit Berufsausbildung auch im Kreis in den vergangenen 5 Jahren um fast ein Drittel gesunken ist, ist der bei den jungen Menschen ohne Berufsabschluss sogar um 16% gestiegen.

In der anschließenden Diskussion mit der Fraktion standen vor allem die neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Mittelpunkt. Mit den „Jugendberufsagenturen“, die sich in Hamburg als sehr erfolgreich erwiesen haben, soll versucht wer-

SPD KV-INTERN

den, mehr junge Menschen ausreichend zu qualifizieren. Noch sei man im Kreis aber in der Findungsphase und versuche, so Arbeitsagenturvorstand Rump, alle Partner „in einer Lenkungsgruppe“ auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Ein weiteres wichtiges Instrument sei die „assistierte Ausbildung“, bei der Jugendliche mit Defiziten während der Ausbildung ge-coacht werden. Im Arbeitsamtsbezirk werden dazu jetzt 4 Kräfte eingestellt, die sich um 48 Jugendliche kümmern werden, deren Ausbildung auf diese Weise abgesichert werden soll.

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Holger Zschesche zeigte sich sehr erfreut darüber, dass die Agentur für Arbeit jetzt „auch verstärkt den Schulterchluss mit dem Optionskreis“ suche, denn nur so sei langfristig ein ausreichendes Potential an gut ausgebildeten jungen Arbeitskräften im Kreis zu sichern.

Presseerklärung der SPD-Kreistagsfraktion

Impressum:

Herausgeber:

SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

Königstraße 4,

24837 Schleswig,

Telefon 04621-27110

KV-Schleswig-Flensburg@spd.de

www.spd-schleswig-flensburg.de

V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender
der SPD Schleswig-Flensburg**Redaktion:** Anne Marxen, Ingo Obst und

Karsten Stühmer

Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen
außer Verantwortung der Redaktion.